



Ja zum Berner Stadttheater

Die Debatte über die Sanierung des Stadttheaters entwickelte sich schnell zu einer Debatte über den Standort und schliesslich sogar über die Notwendigkeit und die Existenzberechtigung eines Stadttheaters an sich. Die Sanierung eines Gebäudes wurde so zum Ausgangspunkt einer kulturpolitischen Grundsatzdiskussion. Dass ein Theatergebäude heutzutage nicht mehr an diesem Standort auf so engem Raum gebaut würde, liegt auf der Hand. Das Gebäude steht nun aber in dieser Form an diesem Ort und selbst die vehementesten Gegnerinnen und Gegner einer Sanierung haben bisher keine brauchbaren Vorschläge gemacht, was aus dem denkmalgeschützten Theatergebäude werden soll, falls der Betrieb eingestellt wird. Die Ernsthaftigkeit der vereinzelt Forderungen nach einem Abriss des Gebäudes darf jedenfalls angezweifelt werden.

Eine Sanierung ist unumgänglich

Im Vorfeld der Sanierung wurde als Alternative auch ein Neubau an anderer Stelle geprüft. Dazu fehlt in Bern jedoch nicht nur ein geeigneter Standort an einigermaßen zentraler Lage, auch die Kosten dafür würden sich mit Sicherheit auf einen dreistelligen Millionenbetrag belaufen. Das Beispiel des KKL in Lu-

zern zeigt zudem, dass auch Neubauten nach einigen Jahren kostenintensiv saniert werden müssen.

Dass die Sanierung dringend nötig ist, falls der Betrieb des Hauses weitergeführt werden soll, ist unbestritten. Für viele Angestellte sind die Arbeitsbedingungen kaum mehr zumutbar und der Publikumsbereich entspricht schon länger nicht mehr den Anforderungen an ein zeitgemässes Kulturlokal. Ein weiteres Hinauszögern der Sanierung hätte deshalb in erster Linie höhere Kosten zur Folge, zudem müssten wohl auch die Beiträge des Kantons und der Regionsgemeinden wieder neu ausgehandelt werden.

«Design to cost» soll Mehrkosten verhindern

Mit «design to cost» wurde ein unkonventioneller Ansatz gewählt, welcher der angespannten Finanzlage von Stadt und Kanton Rechnung trägt. Zunächst wurde gemeinsam ein Kostendach von 45 Millionen Franken fixiert, das nicht überschritten werden darf. Zeichnen sich während der Sanierung Mehrkosten ab,

werden diese dadurch kompensiert, dass kostengünstigere Komponenten verbaut werden oder auf einzelne, nicht zwingend notwendige Sanierungsmassnahmen verzichtet wird. Damit können, in einem begrenzten Ausmass, auch Budgetlöcher ausgeglichen werden; so

Dass die Sanierung dringend nötig ist, falls der Betrieb des Hauses weitergeführt werden soll, ist unbestritten.

zum Beispiel bei den freiwilligen Beiträgen der Regionsgemeinden, die bescheidener ausfallen als ursprünglich angenommen.

Auf berechnete Kritik wurde reagiert

Die teilweise mangelhafte Kommunikation der Projektverantwortlichen wurde zu Recht kritisiert und in der Folge kamen deshalb auch Zweifel am Gesamtprojekt auf. Im Zentrum stand dabei die Befürchtung, dass Mehrkosten zu Lasten der Stadt anfallen werden. In den Medien wurde daraufhin einiges aufgebauscht, während anderes bewusst verschwiegen wurde. So entstand der Eindruck, die Planung sei insgesamt mangelhaft und das Projekt nicht ausgereift. Die Verantwortlichen haben darauf reagiert, indem sie dem Stadtrat zusätzliche Informationen lieferten und sämtliche Berichte öffentlich machten. Dadurch konnten bei vielen Stadtratsmitgliedern die berechtigten Zweifel am Projekt ausgeräumt werden. Nach einer langen und intensiven Debatte hat der Stadtrat dem Baukredit von 19 Millionen Franken schliesslich mit 59 zu 5 Stimmen klar zugestimmt. Die SP-Fraktion hat den Kredit ohne Gegenstimme gutgeheissen.

Am 24. November entscheidet das Volk darüber. Ein Nein zum Sanierungskredit würde nicht nur die Beiträge des Kantons und der Regionsgemeinden gefährden – es wäre auch ein Signal gegen das Stadttheater und gegen ein vielfältiges Kulturangebot in der Bundesstadt.



Michael Sutter
Stadtrat Bern



WAHLEN IN JEGENSTORF

Wir sind eine massgebende politische Kraft

Die Sozialdemokratische Partei Jegenstorf und Umgebung (SPJ) wird momentan von 52 Mitgliedern getragen. Die meisten sind in Jegenstorf wohnhaft, einige auch in den umliegenden Gemeinden (Büren zum Hof, Fraubrunnen, Grafenried, Iffwil, Münchringen und Zuzwil).

Die SPJ hat ein basisdemokratisches Verständnis einer offenen, solidarischen Politik und verfolgt soziale, arbeitnehmer- und umweltfreundliche Ziele. Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Familienpolitik. So haben wir den Bau eines tollen Kinderspielplatzes im Dorfzentrum finanziell unterstützt.

Unsere Sektion trifft sich mehrmals jährlich an Parteiversammlungen und Veranstaltungen. An diesen Anlässen werden vor allem Themen aus der Gemeinde, aber auch solche aus Kanton und Bund behandelt und oft lebhaft diskutiert. Daneben gibt es verschiedene Anlässe «fürs Gmüt». Unser Programm erscheint jeweils auch im «Jegenstorfer», dem Informationsblatt der Gemeinde.

Seit Jahrzehnten gestalten wir in Jegenstorf die Politik konstruktiv und aktiv mit. Wir sind heute eine massgebende politische Kraft und in allen wichtigen Gremien personell sehr gut vertreten (Gemeinderat, Kommissionen).

Bei den Gemeindewahlen 2009 schnitten wir als wählerstärkste Partei gut ab, was uns natürlich auch etwas stolz macht. Bei den kommenden Gemeindewahlen am 24. November 2013 wollen wir dieses Ziel wieder erreichen.

Unsere Gemeinderatskandidaten

Wir können eine starke Liste präsentieren. Mit Lydia Baumgartner kandidiert die bisherige, sehr engagierte Präsidentin der Unterstufen-Schulkommission. Jürg Häberli ist als Leiter des Jugendamtes der Stadt Bern bekannt. Urs Horat

ist langjähriges Kommissionsmitglied bei Tiefbau/Betriebe und war Präsident der Jugendmusik

hof, Postkartenversand etc. Damit wollen wir versuchen, einen dritten Sitz im Siebnergremium

Bei den Gemeindewahlen 2009 schnitten wir als wählerstärkste Partei gut ab. 2013 wollen wir dieses Ziel wieder erreichen.

Jegenstorf. Nach ein paar Jahren Pause möchte Roland Ulrich wieder in die Exekutive einsteigen.

Unser Wahlkampf umfasst einen Aktionstag auf dem Dorfplatz, Flyerverteilung am Bahn-

hof, Postkartenversand etc. Damit wollen wir versuchen, einen dritten Sitz im Siebnergremium zu gewinnen. Am 24. November wissen wir mehr und treffen uns deshalb am Abend zu einer SP-Wahlfeier!

Josef Schöbi, Daniel Wyrsch

Gemeindewahlen 2013

Münchringen	Jegenstorf	Scheunen
		
<small>Daniel Wyrsch</small>	<small>Lydia Baumgartner</small>	<small>Jürg Häberli</small>
		
<small>Urs Horat</small>	<small>Roland Ulrich</small>	<small>Markus Neuenschwander</small>
		
<small>Daniel Slongo</small>	<small>Christine Stelger</small>	

Wollen Sie etwas bewegen
– wählen Sie unsere Kandidatinnen
und Kandidaten!
Wählen Sie



DANIEL WYRSCH, GEMEINDERATSPRÄSIDENT, GROSSRATSKANDIDAT

Unser Daniel Wyrsch ist als Gemeinderatspräsident bereits wieder gesetzt. Nachdem er bei den letzten Wahlen noch drei Gegenkandidaten hatte, tritt dieses Mal kein/e Gegenkandidat/in mehr an. Er hat mit seinem Gemeinderatsteam sehr viel realisieren können: Abschluss der komplexen Liegenschafts- und Zentrumsplanungsarbeiten zur Realisierung eines neuen Coop-Einkaufszentrums im Dorfzentrum; Kauf der bisherigen Coop-Liegenschaft und Weitervermietung an ein regionales



Ärztzentrum Jegenstorf; erfolgreiche Durchführung und Inkraftsetzung der neuen Ortsplanung; bedeutende Sanierungen von wichtigen öffentlichen Gebäuden wie Gemeindeverwaltung, Mehrzweckgebäude Iffwilstrasse 2 und gesamte Schulanlage Säget; Reorganisation des Schulwesens; Änderungen im Sozialbereich; Durchführung eines grossen Dorffestes u.v.m. Als Projektleiter der Gemeindefusion mit Münchringen und Scheunen hat Daniel intensiv für eine koordinierte und rasche Fusion gearbeitet.

Gut acht Monate nach Verhandlungsbeginn haben die StimmbürgerInnen der drei Gemeinden im September 2013 der Fusion per 1.1.2014 zugestimmt. Die Umsetzungsarbeiten sind bereits in vollem Gang. Daniel Wyrsch arbeitet an der Berufsmaturitätsschule gibb Bern als Lehrer und Vorsteher-Stellvertreter. Die Sektion SPJ hat ihn als Grossratskandidaten für die Wahlen 2014 nominiert.



Regionale Sozialpolitik: Quo vadis?

Eigentlich hätte die Sozialkonferenz Bern-Mittelland 2014 ihre Tätigkeit aufnehmen sollen – das Reglement dazu wurde von der Regionalkonferenz im Juli 2013 erlassen. Nun kommt es aber nicht dazu, denn zu viele Gemeinden haben entschieden, der Konferenz nicht beizutreten. Was hat das zu bedeuten?

Nachdem die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) 2010 ihre Tätigkeit aufgenommen hatte, gab es Bestrebungen, neben den obligatorischen Aufgaben wie Verkehr, Raumplanung oder Kultur auch die regionale Sozialpolitik zu fördern. Es liegt auf der Hand, dass auch die sozialen Herausforderungen nicht an der Gemeindegrenze Halt machen und eine koordinierte Meinungsbildung, ein einheitliches Vorgehen und gemeinsame Projekte nötig sind. Beispielsweise bei Kinder-, Jugend- und Altersfragen, aber auch in der Sozialhilfe oder der Gewaltprävention.

Es wurde deshalb ein Reglement für die Gründung einer Sozialkonferenz erarbeitet und im Juli 2013 von der Regionalkonferenz verabschiedet. Doch bereits Mitte September kam das Aus. Nachdem zwei Drittel der 95 Gemeinden über den Beitritt zur Konferenz entschieden hatten, war klar, dass das nötige Quorum von 360 000 Einwohnenden (von total 390 000) nicht mehr erreicht werden kann. Denn bereits 28 Gemeinden (total 44 100 Einwohnende) hatten abgelehnt. Die Sozialkonferenz war gescheitert.

Hatte man zu hoch gepokert? Das Quorum wurde hoch angesetzt, um der Konferenz die nötige Verbindlichkeit zu geben und ein

«Trittbrettfahren» zu vermeiden. Das erscheint sinnvoll. Auch waren bei der Erarbeitung des Reglements die Gemeinden einbezogen. Die Gründe für die Absagen sind vielfältig. Sie nur als Ausdruck von Desinteresse und mangelnder Solidarität abzutun (die Gemeinden hätten pro Einwohner/in und Jahr 28 Rappen bezahlen müssen), greift zu kurz. Das Scheitern der Sozialkonferenz ist symptomatisch:

- für den grossen finanziellen Druck, unter dem die Gemeinden derzeit stehen, der sich in rigorosem Sparen, defizitären Budgets und Erhöhungen des Steuerfusses zeigt und durch die fahrlässigen kantonalen Steuersenkungen verursacht wurde;
- für den tiefen Stellenwert des Sozialen im Vergleich etwa zum Verkehr oder zum Bauwesen;
- für die allgemein negative Stimmung gegenüber der Sozialhilfe, angeheizt unter anderem durch die vom Grossen Rat überwiesene Motion des Könizer Sozialvorstehers Studer, die behauptet, dass die Sozialhilfe zu hoch angesetzt sei, und eine Senkung unter die Minimalstandards der schweizweiten SKOS-Richtlinien verlangt;
- und schliesslich für das schwierige Gebilde der RKBM, in der die Bedürfnisse und Mei-

nungen der 95 Gemeinden stark auseinandergehen.

Angesichts dieses schwierigen Hintergrunds stellt sich sogar die ketzerische Frage, ob sich denn die Sozialkonferenz auch tatsächlich in die gewünschte Richtung entwickelt hätte. Hätte sie sich den aktuellen Sozialabbau-Tendenzen widersetzen können oder wäre sie in die gleiche Dynamik geraten?

Wie es nun mit der regionalen Sozialpolitik weitergeht, ist ungewiss. Die bisherige Sozialkommission, die zu Zeiten des VRB (Verein Region Bern, Vorläufer der RKBM, aber mit kleinerem Perimeter) gut integriert war, löst sich Ende 2013 auf. Es bleibt zu hoffen, dass bestehende Projekte wie das «gggfon – gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus» trotzdem weiterbestehen. Die SP darf nicht nachlassen, sich auf allen Ebenen für eine koordinierte, vorwärtsgerichtete und menschenwürdige Sozialpolitik einzusetzen.

Ursula Marti
Grossrätin Bern



EVALUATION POLICE BERN

Systembedingte Probleme sind offensichtlich

Im Juni hat der Regierungsrat des Kantons Bern den Bericht zur Evaluation von Police Bern zu Händen des Grossen Rats verabschiedet. Ziel der Evaluation war es, die bisherigen Erfahrungen mit der Einheitspolizei zu würdigen, aktuelle Fragestellungen zu klären und mögliche Probleme und entsprechende Lösungen aufzuzeigen. Der knapp hundertseitige Bericht untersucht die Bereiche Steuerung der vertraglich vereinbarten Leistungen durch die Gemeinden, Grundversorgung, Leistungserbringung, Finanzierung sowie Umfeldbedingungen. Befragt wurden alle 43 Gemeinden, welche ein polizeiliches Zusatzangebot in Anspruch nehmen, darunter namentlich auch die Stadt Bern als mit Abstand grösste Bezügerin.

Die Evaluation zeigt – trotz Schönfärberei – ein katastrophales Bild von Police Bern. Weniger als ein Drittel der Ressourcen- und Leistungseinkaufsgemeinden beurteilen die Einheitspolizei als gut und die Steuerungsmöglichkeiten werden als mangelhaft beurteilt. Die Einsparungen durch Synergieeffekte konnten nicht realisiert werden, stattdessen beschäftigen immer mehr Gemeinden private Security-Firmen, was das Gewaltmonopol des Staates unterläuft.

Im Auftrag der Parteileitung der SP Stadt Bern erarbeitete die Arbeitsgruppe Sicherheit eine Einschätzung des Berichts mit daraus abgeleiteten Forderungen. Als Hauptproblem erwies sich einmal mehr die grundsätzliche Konzeption von Police Bern mit der Aufteilung von politisch-strategischer (und finanzieller) Verantwortung bei den Gemeinden und operativer Führung durch den Kanton. So haben die Gemeinden keine Handlungsmöglichkeit, wenn sie sich mit der Kantonspolizei betreffend Taktik oder Verhältnismässigkeit eines Einsatzes uneinig sind. Weiter werden die Steuerungsmöglichkeiten gerade in denjenigen Bereichen, wo die Gemeinden stark zu steuern versuchen (z. B. präventive Präsenz, Verkehrskontrollen), überdurchschnittlich oft als ungenügend beurteilt. Die versprochenen Synergien wurden nicht realisiert und die Bürgernähe hat abgenommen.

Der Bericht schlägt einige Massnahmen vor, welche die Situation für die Gemeinden verbessern sollen. Die SP Stadt Bern begrüsst diese Vorschläge und fordert darüber hin-



aus unter anderem die Schaffung einer Ombudsstelle für mehr Bürgernähe sowie eine «Polizei Grossraum Bern», welche die Stadt und die umliegenden (Agglomerations-)Gemeinden umfassen würde und deren Lenkung

Die Steuerungsmöglichkeiten werden gerade in denjenigen Bereichen, wo die Gemeinden stark zu steuern versuchen, überdurchschnittlich oft als ungenügend beurteilt.

und Kontrolle vollumfänglich bei den auftraggebenden Gemeinden läge.

Die Debatte zum Evaluationsbericht im Berner Stadtrat steht noch aus. Der Grosse Rat des Kantons Bern hat ihn bereits in der vergangenen Septembersession beraten. Dort fand keine der zentralen SP-Forderungen wie die Schaffung einer Ombudsstelle oder die Prüfung einer «Polizei Grossraum Bern» eine Mehrheit. In den kommenden Wochen wird die SP Stadt Bern das Thema auf städtischer Ebene gemeinsam mit anderen Links- und Mitte-Parteien weiterverfolgen.



Yasemin Cevik
Stadträtin Bern

TERMINE

Parteitag der SP Region Bern-Mittelland:
Mittwoch, 6. November, 19 Uhr, Hotel Bern

GROSSRATSWAHLEN 2014

- Nomination der Grossratskandidatinnen und Grossratskandidaten
- Rede von Regierungsrätin Barbara Egger
- Wahl der Delegierten für die SP Schweiz
- Genehmigung Budget und Mitgliederbeiträge 2014

PAROLEN

Empfehlung zu den städtischen Abstimmungen vom 24. November 2013

- JA zum Baukredit Sanierung Stadttheater Bern
- JA zum Produktgruppenbudget 2014 der Stadt Bern

IMPRESSUM

Herausgeberinnen: SP Region Bern-Mittelland und SP Stadt Bern, Monbijoustrasse 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, 031 370 07 90, bern@spbe.ch, www.spmittelland.ch, www.spbern.ch

Redaktion: Marieke Kruit, Christa Luginbühl, Ursula Marti, Christoph Salzmann, Michael Sutter